

Antrag

**der Abgeordneten David Stoop, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, Heike Sudmann
und Insa Tietjen (DIE LINKE)**

Betr.: Taskforce Hafencity gegen Missstände auf Baustellen einrichten!

Das französische Immobilien- und Investmentunternehmen Unibail-Rodamco-Westfield baut auf dem Gelände in der Hafencity ein riesiges Einkaufszentrum. Am 31. Oktober 2023 ereignete sich auf der Großbaustelle im Überseequartier ein tragischer Unfall, bei dem fünf Menschen ums Leben kamen. Ein Gerüst mit mehreren Bauarbeitern darauf stürzte demnach vom achten Stock in einen innenliegenden Fahrstuhlschacht. Erst im September wurden Arbeiter auf einer Baustelle an den Elbbrücken schwer verletzt, nachdem dort ein Gerüst zusammenbrach. Wie die Hamburger Staatsanwaltschaft auf Nachfrage des NDR mitteilte, wurde im März vergangenen Jahres ein Bauarbeiter von einem Metallteil am Kopf getroffen. Einen Monat später stürzte ein Arbeiter von einem Baugerüst. Im Juni erlitt eine Frau durch ein nicht isoliertes Kabel einen schweren Stromschlag. Im selben Monat brach dann auch noch ein Großbrand auf der Baustelle aus, bei dem mehrere Gasflaschen explodierten. Auch Kontrollen im Jahr 2024 stellten Gefahrenquellen fest. Zudem berichten Beschäftigte über eine Aushebelung von Tarifstandards und Schwarzarbeit. Offensichtlich kann das Immobilienunternehmen Unibail-Rodamco-Westfield nicht für die Sicherheit und den Schutz derjenigen garantieren, die auf seiner Großbaustelle tätig sind. Auch wenn Arbeitsschutzkontrollen seitens der zuständigen Behörden durchgeführt wurden, resultierten daraus keine ausreichenden Konsequenzen, um den Schutz der Beschäftigten sicherzustellen. Insbesondere ist eine intensive Prüfung der zahlreichen Subunternehmen offensichtlich unterblieben.

In anderen Bereichen wurden zuletzt mehr Anstrengungen unternommen, die Sicherheit und den Schutz von Arbeiter*innen zu gewährleisten und die Arbeitgeber*innen in die Pflicht zu nehmen. In der Billstraße zum Beispiel wurde nach einem Großbrand eine „Taskforce“ eingerichtet, die durch Großkontrollen versucht, Verstöße im Hinblick auf zum Beispiel Brandschutz, Schwarzarbeit und Gesundheitsschutz der zahlreichen Betriebe vor Ort aufzudecken. Der Großbrand vor einem Jahr gab also Anlass für die zuständigen Behörden, schnell tätig zu werden. Ein dringender Handlungsbedarf liegt angesichts der wiederholten Verstöße und Unfälle auf Großbaustellen in der Hafencity offensichtlich auch im Überseequartier vor. Große Immobilieninvestoren müssen, wenn es um die Einhaltung arbeitsrechtlicher und sozialer Standards sowie des Gesundheitsschutzes geht, denselben Standards unterliegen wie die Kleinbetriebe auf der Billstraße. Es sollte daher dringend eine Taskforce Hafencity eingerichtet werden, welche die auf den Baustellen tätigen Unternehmen auf Sicherheitsstandards in den Bereichen Einhaltung von Arbeitsrechtsstandards, Einhaltung des Mindestlohns sowie Arbeits- und Brandschutz prüfen, dokumentieren und die Ergebnisse gegebenenfalls an die Staatsanwaltschaft für weitere Ermittlungen weiterleiten.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. darauf hinzuwirken, dass eine Taskforce HafenCity aus den zuständigen Behörden gegründet wird, die die Einhaltung von Arbeitsrechtsstandards, die Einhaltung des Mindestlohns sowie Arbeits- und Brandschutz auf Baustellen im Bereich der Hafen-City prüfen und wirksam durchsetzen. Auf der Baustelle des Bauherrn Unibail-Rodamco-Westfield im Überseequartier soll eine vollumfängliche Prüfung aller am Bau beteiligten Unternehmen erfolgen.
2. der Bürgerschaft bis zum 31.08.2024 darüber zu berichten.